

Volksaufstand an der Lindenstrasse

Liestal. Anwohner wehren sich gegen den Abbruch des alten Braumeisterhauses

STEFAN GYR

Die Pläne für ein Einkaufszentrum auf dem Ziegelhof-Areal sind bei der Quartierbevölkerung auf Widerstand gestossen. Ihre Kritik: Die historischen Gegebenheiten würden missachtet und das Gebiet werde entwertet.

Der neue Einkaufstempel mit Coop-Center auf dem verlassenen Ziegelhof-Brauereiareal in Liestal kann wohl nicht so bald gebaut werden, wie das manche glauben. 37 Anwohner haben eine Stellungnahme des Rechtsanwalts Thomas Christen unterschrieben, der am Rand des Planungsgebiets die Advokatur zum Thurgauerhof führt. In der Eingabe wird an den Bauplänen der Investorin Bovida Invest AG und der Grundeigentümerin Ziag Ziegelhof Immobilien AG harsche Kritik geübt: Mit der neuen Überbauung werde ein massiver Block wie ein Keil zwischen die Vorstadt und den Zeughausplatz getrieben.

Die historisch gewachsenen Gegebenheiten würden damit krass missachtet, und das Areal zwischen der Lindenstrasse und der Meyer-Wiggli-Strasse werde völlig entwertet. Einige Liegenschaften würden sogar teilweise unbewohnbar. Sollte an dieser «verfehlten Planung» festgehalten werden, müssten die Anwohner alle ihnen zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mittel dagegen ergreifen, heisst es in dem Schreiben.

SCHÜTZENSWERT. Im öffentlichen Mitwirkungsverfahren in diesem Frühjahr setzten sich weitere Anwohner mit geharnischten Eingaben gegen den Quartierplan für die neue Ziegelhof-Grossüberbauung zur Wehr. Die Hauptforderung der Quartierbevölkerung: Das baugeschichtlich bedeutende Gebäude an der Lindenstrasse 1 mit dem Garten dürfe nicht abgerissen werden. Sollte es dennoch nicht erhalten werden können, müsse der Neubau die Gartenfläche in ihrer heutigen Form unangetastet lassen. Er dürfe zudem nicht höher ausfallen als das bestehende Gebäude an der Lindenstrasse 1. Die Anwohner

stellen sich aber nicht grundsätzlich gegen eine Neunutzung des Areals, wie sie festhalten.

Ein Abbruch des Gebäudes an der Lindenstrasse 1 – des ehemaligen Braumeisterhauses mit den Pferdestallungen – stand auch für die Stadt bis vor Kurzem nicht zur Diskussion. Im 2002 erlassenen Zonenplan wurde es der Schutzkategorie B zugeteilt. Das heisst: Es muss «in Substanz, Konstruktion und Erscheinung möglichst erhalten werden». Zudem befindet es sich in einer Ortsbildschutzzone. Es gehört auch zu einem Ensemble von Vorstadthäusern, das in das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder aufgenommen wurde.

GUTACHTEN. Noch beim Start der Testplanung für das gesamte nördliche Zentrumsgebiet Ende 2007 wurde die Vorgabe festgelegt, das Gebäude müsse «zwingend» erhalten bleiben. Auch zu Beginn des Quartierplanverfahrens vor gut einem Jahr versprochen die Stadt und die Promotoren und Investoren, mit der historischen Bausubstanz sorgfältig umzugehen. Inzwischen wurde ein bauhistorisches Gutachten eingeholt. Danach ist die Bedeutung des Gebäudes «vernachlässigbar». Von den alten Brauereibauten sollen nur noch Teile von drei Liegenschaften an der Meyer-Wiggli-Strasse und am Zeughausplatz als Kernelemente des Ensembles stehen bleiben. «Und das in einem Quartier, in dem wir selbst für einen Farbanstrich der Fassade ein Bewilligungsverfahren durchlaufen müssen», kritisiert ein Anwohner.

Die Stadt und die Projektverantwortlichen müssen jetzt in einem öffentlichen Mitwirkungsbericht zu den Eingaben Stellung beziehen, bevor der Ziegelhof-Quartierplan dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Wie sie sich zu den Forderungen aus dem Quartier stellen, ist noch offen. In der nächsten Woche werde eine Arbeitsgruppe aller Projektbeteiligten an einer Sitzung das weitere Vorgehen besprechen, erklärt Martin Hofer, Leiter des Stadtbauamts.



Umstrittenes Projekt. Blick von der Gerberstrasse (oben) und der Lindenstrasse auf die Ziegelhof-Überbauung. Visualisierungen Vehovar Jauslin Architektur

Planen mit dem Fluglärm

Sachplan soll eine Orientierungsmarke festlegen

PETER WALTHARD

Mit einem neuen raumplanerischen Instrument soll die räumliche Entwicklung in der Region mit jener des Flughafens abgestimmt werden.

Gestern stellten die Kantone Basel-Stadt und Baselland und das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) in Reinach Behördenvertretern den Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) vor. Ziel des SIL ist es, die Raumplanung in den beiden Basel mit der Entwicklung des EuroAirport zu koordinieren. Mit dem Sachplan lege man eine stabile Orientierungsmarke fest, welche Kantone und Gemeinden Berechenbarkeit und Planbarkeit bietet, sagte der Basler Regierungsrat Christoph Brutschin. Umgekehrt lege der SIL die Rahmenbedingungen für die Entwicklungsmöglichkeiten des Flughafens fest, so sein Basler Kollege Adrian Ballmer.

Viel Konkretes konnten die Vertreter des BAZL den Gemeindevertretern noch nicht mitteilen: Noch liegt der SIL gar nicht vor, der Entwurf für

das sogenannte Objektblatt, in dem die Einzelheiten festgehalten werden, muss noch ausgearbeitet werden. Das eigentliche Mitwirkungsverfahren werde erst Anfang 2012 beginnen, erklärte BAZL-Vizedirektor Marcel Zuckschwerdt.

GEFÄHRDUNG. Grundlage für das Objektblatt sind zum einen die Daten aus dem aktuellen Betrieb des Flughafens, zum anderen die Nachfrageprognosen aus den Jahren 2000 und 2005. Im Szenario 3B+, das dem Objektblatt zugrunde liegen soll, wird mit einer Nachfrage von 147 000 Flugbewegungen gerechnet. Zum Vergleich: Im Jahr 2010 wurden 77 000 Flugbewegungen gezählt. Auf Basis dieses Szenarios soll das Objektblatt die Gebiete mit Lärmbelastung definieren und damit die Entwicklung des Flughafens mittel- bis langfristig begrenzen.

Kein Thema ist im Objektblatt die Gefährdung durch Flugzeugabstürze, was bei den Gemeindevertretern für Irritationen sorgte. Mehr Flugbewe-

gungen bedeuteten ein grösseres Risiko für die Bevölkerung, so der Tenor. Madeleine Göschke vom Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen: «Die Sicherheit ist doch das Wichtigste, da stellt sich die Frage, wer hier zuständig ist.» Zuckschwerdt beendete die Diskussion jedoch mit dem Hinweis, dass die französischen Behörden für die Sicherheit zuständig seien und man davon ausgehe, dass diese gewährleistet sei.

ANGST VOR MEHR FLÜGEN. Im Objektblatt festgehalten ist ebenfalls der Bahnanschluss des Flughafens, welcher das Einzugsgebiet des EuroAirports nach Strassburg und darüber hinaus ausdehnen soll. Auch dies stösst bei Gemeindevertretern auf Kritik: Sie befürchten, dass der Bahnhof vor allem mehr Flugbewegungen generieren werde. In einer Medienmitteilung fordert der Gemeindeverbund Flugverkehr daher flankierende Massnahmen und eine klare Regelung der Nachtruhe.

Energiepolitische Offensive aus der Mitte

Aesch. Solarkataster und professionelles Energiekonzept gefordert

ROLF ZENKLUSEN

Nach der CVP hat auch die FDP in Aesch einen Vorstoss für die Förderung von alternativen Energien eingereicht.

Der Gemeinderat von Aesch muss sich gleich mit mehreren energiepolitischen Vorstössen befassen. Der erste Antrag kommt von der CVP: Sie verlangt, dass die Solartauglichkeit jedes Aescher Dachs in einem Solarkataster festzuhalten ist, was im Baselbiet einmalig wäre (BaZ vom Montag). Neben privaten Liegenschaftsbesitzern sollten auch potenzielle Investoren davon profitieren, erklärte Stephan Gassmann, Sprecher der CVP Aesch. In Deutschland hätten Solarkataster gezeigt, dass dank Sonnenenergie viel Strom gespart werden kann.

Zusätzlich zum CVP-Antrag reichte auch die FDP am Dienstagabend an der Gemeindeversammlung einen energiepolitischen Vorstoss ein. «Es ist der FDP ein Anliegen, dass die Energiestadt Aesch diesen Namen auch verdient», erklärte Christa Oestreich, Landrätin und Präsidentin der Ortspartei. Sie verlangte die Ausarbeitung eines Energiekonzepts durch eine professionell geführte

Kommission unter Einbezug von Fachleuten und des einheimischen Gewerbes. Ziel der Kommission müsste die Gründung einer «Energie Aesch AG» oder so ähnlich sein, schlug Oestreich vor. «Die Firma könnte die Umsetzung grosser Projekte im hochspezialisierten Bereich der alternativen Energien übernehmen.» Wichtig ist der FDP, dass dabei nicht Subventionen aus Steuergeldern eingesetzt werden, sondern private Initiative und Eigenverantwortung im Zentrum stehen.

MEHR FERIEN. Gemeindepräsidentin Marianne Hollinger (FDP) erklärte, der Gemeinderat werde die Anträge an einer nächsten Gemeindeversammlung auf die Traktandenliste setzen – das müsse bis in einem halben Jahr erfolgen.

2010 schliesst mit dickem Plus

KUNSTRASEN. Budgetiert hatte die Gemeinde Aesch ein Defizit von fast 900 000 Franken – herausgekommen ist jedoch ein Ertragsüberschuss von fast drei Millionen, wie Finanzchef Andreas Spindler (SVP) sagte. Die Steuererträge fielen um zwei Millionen Franken höher aus als erwartet; 1,3 Millionen Mehrerträge stammen von Firmen. Dank des guten Ergebnisses konnte die Gemeinde Abschreibungen vornehmen und eine Million für das Kunstrasenfeld zur Seite legen. zen

zen – das müsse bis in einem halben Jahr erfolgen.

Ausserdem sagte die Gemeindeversammlung Ja zu mehr Ferien für die Gemeindeangestellten. Im Sinne einer Anpassung an die kantonalen Regelungen dürfen die 20- bis 49-Jährigen ab 2012 fünf statt wie bisher vier Wochen in die Ferien. Ab 50 dürfen sie sich 27 Tage erholen, die über 60-Jährigen bekommen 30 Tage Ferien.

Mit dem Antrag des Gemeinderates, dass die Gemeinde die Hälfte der Prämien für die Nichtbetriebsunfallversicherung ihrer Mitarbeiter übernimmt, war die Gemeindekommission nicht einverstanden. Doch eine Mehrheit entschied anders: Mit 61 zu 37 Stimmen folgte die Versammlung dem Gemeinderat.